

## Allgemeine Geschäftsbedingungen der Wasserversorgung Zürich

### Art. 1 Anwendungsbereich

Diese allgemeinen Bedingungen gelten für Liefer-, Kauf-, Werk-, Dienstleistungs- und gemischte Verträge im Zusammenhang mit den Anlagen der Wasserversorgung der Stadt Zürich. Der Unternehmer/Verkäufer wird als Lieferant bezeichnet, die Bestellerin/Käuferin als Besteller; der Vertragsgegenstand wird generell Lieferung genannt.

Mit der Abgabe eines Angebotes verpflichtet sich der Lieferant, die vorliegenden allgemeinen Bedingungen vorbehaltlos zu akzeptieren und mit dem Angebot ein unterzeichnetes Exemplar zurückzusenden. Seine eigenen allgemeinen Geschäfts- oder Lieferbedingungen kommen nicht zur Anwendung.

### Art. 2 Vertragsbestandteile und Rangordnung

- 2.1 Der Vertrag besteht aus folgenden Bestandteilen in der nachfolgenden Rangordnung, die bei Widersprüchen gilt:
  - 2.1.1 Vertragsurkunde oder schriftliche Bestätigung der Annahme des Angebotes;
  - 2.1.2 Vorliegende allgemeine Bedingungen;
  - 2.1.3 besondere, für den Vertragsgegenstand anwendbare Spezialvorschriften der Stadt Zürich (z.B. allgemeine Bedingungen zum Hochbau etc.).
  - 2.1.4 Ausschreibungsunterlagen (z.B. Pflichtenheft);
  - 2.1.5 Angebot des Lieferanten, jedoch ohne allenfalls im Angebot genannte allgemeine Geschäftsbedingungen des Lieferanten, von Verbänden usw.
  - 2.1.6 Allgemeine Bedingungen für Bauarbeiten (SIA 118)
- 2.2 Der Lieferant ist verpflichtet, alle für die Lieferung einschlägigen Gesetze, Vorschriften und Weisungen einzuhalten, die für die zu erbringende Leistung und/oder den Erfüllungsort gelten.
- 2.3 Handelt es sich um eine den Regeln zum öffentlichen Beschaffungswesen unterstehende Beschaffung, gehen die entsprechenden Vorschriften den vorliegenden Allgemeinen Bedingungen vor.
- 2.4 Werden Bestellungen ausnahmsweise mündlich erteilt, sind sie nachträglich schriftlich zu bestätigen.

### Art. 3 Angebot

- 3.1. Weicht das Angebot von den Ausschreibungsunterlagen ab, hat der Lieferant ausdrücklich darauf hinzuweisen. Der Lieferant ist verpflichtet, allfällige Unstimmigkeiten oder Widersprüche in den Ausschreibungsunterlagen dem Besteller zu melden und die massgeblichen Verhältnisse an den Ausführungsorten, Anlagen etc. zu überprüfen.
- 3.2. Das Angebot, einschliesslich Demonstration und/oder das Liefern und Einrichtungen von Testgeräten im Rahmen der Angebotsauswertung, wird nicht entschädigt.

- 3.3. Das Angebot ist während der vom Besteller in der Ausschreibung genannten Frist für den Lieferanten verbindlich. Wird keine Frist genannt, so gilt eine Bindungsfrist von drei Monaten ab Eingang des Angebotes.
- 3.4. Im Angebot allenfalls nicht aufgeführte Leistungen, die zur ordnungsgemässen Vertragserfüllung und Vergütung gemäss Art. 11.2 aber erforderlich sind, gelten grundsätzlich als Vertragsinhalt und geschuldete Leistungen, welche im offerierten Preis enthalten sind und nicht zusätzlich vergütet werden.

#### **Art. 4 Allgemeine Pflichten**

- 4.1 Der Lieferant haftet als Spezialist für die einwandfreie Erfüllung des Vertrages. Er berücksichtigt dabei anerkannte Projektmanagement-Methoden und verpflichtet sich, dem Besteller Veränderungen der technischen oder administrativen Umstände und Entwicklungen, die sich während der Vertragslaufdauer ergeben und für die Vertragserfüllung wesentlich sind, mitzuteilen.
- 4.2 Beide Parteien sind verpflichtet, alle Umstände, die eine gehörige oder rechtzeitige Vertragserfüllung gefährden, so z.B. Bedenken betreffend Fristwahrung, Ausführungsart, Anwendung, Funktion, Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen, Spezifikation usw. der anderen Vertragspartei rechtzeitig anzuzeigen.
- 4.3 Publikationen und Werbung mit oder in Bezug auf die Lieferung bedürfen der vorgängigen schriftlichen Zustimmung des Bestellers.
- 4.4 Bestellungen Änderungen bedürfen immer einer schriftlichen Bestätigung des Bestellers. Eine Mitteilung per E-Mail ist ausreichend.

#### **Art. 5 Ausführung der Leistung**

- 5.1 Als Erfüllungsort gilt der genaue, vom Besteller definierte endgültige Standort der Lieferung oder Leistung (Montageort) der Anlage).
- 5.2. Beide Vertragspartner können schriftlich Änderungen der vereinbarten Leistungen beantragen. Sind Auswirkungen auf Kosten oder Termine zu erwarten, sind die Leistungen vom Lieferanten zu offerieren. Die Offerte umfasst die Beurteilung der Realisierbarkeit, die notwendigen Zusatzleistungen und die Konsequenzen (Preise, Termine). Der Besteller entscheidet innert angemessener Frist, ob die Änderung ausgeführt werden soll.
- 5.3. Allfällige Anpassungen von Vergütung, Terminen und anderen Vertragspunkten werden vor der Ausführung als Nachtrag zum Vertrag schriftlich festgehalten. Die Anpassung der Vergütung berechnet sich nach den Ansätzen der ursprünglichen Kostengrundlage zuzüglich Teuerung, sofern eine Teuerungsanpassung im Vertrag vorgesehen ist.

#### **Art. 6 Nutzen und Gefahr**

Nutzen und Gefahr gehen am Erfüllungsort und mit Inbetriebnahme, Abnahme oder wenn vom Besteller auf eine Abnahme verzichtet wird, nach Abschluss der Montage oder Lieferung auf den Besteller über.

## **Art. 7 Geheimhaltung und Sicherheit**

- 7.1 Der Lieferant verpflichtet sich, Tatsachen und Informationen aus dem Bereich des Bestellers, die ihm auf Grund der Zusammenarbeit mitgeteilt werden, ihm zugehen oder ihm über irgendwelche Speichermedien in den Anlagen zugänglich sind, geheim zu halten. Der Besteller seinerseits verpflichtet sich zur Wahrung der Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisse des Lieferanten. Diese Pflichten gelten auch nach Vertragsende oder wenn kein Vertrag abgeschlossen wird.
- 7.2 Vorbehältlich einer speziellen Regelung im Vertrag behält jede Vertragspartei ihre Rechte an den Unterlagen (Pläne, Funktionsbeschreibungen, Offerten, Berechnungen, Variantenvorschläge, Muster, Modelle usw.), die sie der anderen zugänglich macht. Solche Unterlagen dürfen weder Dritten zugänglich gemacht, noch zweckwidrig oder sonst wie unlauter verwendet werden.
- 7.3. Der Lieferant verpflichtet sich zur Einhaltung der im Vertrag definierten allgemeinen oder IT-spezifischen kantonalen und städtischen Sicherheitsvorgaben. Er verpflichtet sich weiter, Änderungen dieser Securityvorgaben, welche sich auf Grund technischer Entwicklungen oder Änderungen der Anforderungen der Stadt Zürich ergeben können, einzuhalten.

Der Lieferant verpflichtet sich, das städtische Datenschutzreglement einzuhalten.

## **Art. 8 Rechte an Software, Schutzrechte**

- 8.1. Die Rechte an vom Lieferanten eigens für den Besteller hergestellten Individualsoftware gehen an den Besteller über. Detaillierte Regelungen werden im Vertrag getroffen.
- 8.2. Die Rechte an Standardsoftware verbleiben beim Lieferanten oder Dritten. Der Besteller erwirbt das nicht übertragbare und nicht ausschliessliche Recht zum Gebrauch und zur Nutzung der Standardsoftware in dem in der Vertragsurkunde vereinbarten Umfang.
- 8.3. Der Lieferant leistet Gewähr dafür, dass er mit seinem Angebot und seinen Leistungen keine anerkannten Schutzrechte Dritter verletzt. Allfällige Ansprüche Dritter wegen Verletzung von Schutzrechten sind auf Kosten des Lieferanten abzuwehren.

## **Art. 9 Unterlieferanten und Subunternehmer**

- 9.1 Unterlieferanten und Subunternehmer sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Bestellers zulässig. Ist ein Wechsel aus Qualitätsgründen, Konkurs etc. unumgänglich, hat der Lieferant den Besteller unverzüglich zu informieren und ihm einen gleichwertigen Ersatz vorzuschlagen. Ein Wechsel ist nur mit Zustimmung des Bestellers zulässig.
- 9.2 Bei Vorliegen triftiger Gründe ist der Besteller berechtigt, den Unterlieferanten mit befreiender Wirkung direkt zu bezahlen. Vor einer solchen Direktzahlung hört der Besteller sowohl den Lieferanten wie auch den Unterlieferanten an.

## **Art. 10 Verzug**

- 10.1 Die Vertragspartner kommen bei Nichteinhalten der in der Vertragsurkunde als verzugsbegründend vereinbarten Terminen ohne weiteres in Verzug; bei anderen Terminen nach Mahnung und Einräumung einer angemessenen Nachfrist.
- 10.2 Wird eine genaue Erfüllungsfrist oder ein genauer Erfüllungstermin vereinbart, schuldet der Lieferant bei Verzug die ihm Vertrag definierte Konventionalstrafe, sofern er nicht beweist, dass ihn kein Verschulden trifft.

Die Bezahlung einer Konventionalstrafe befreit den Lieferanten nicht von der Vertragserfüllung. Schadenersatzansprüche bleiben vorbehalten. Die Konventionalstrafe wird auf den allenfalls zu leistenden Schadenersatz angerechnet.

## **Art. 11 Vergütung**

- 11.1 Der Lieferant erbringt die Leistungen nach der im Vertrag vereinbarten Preisart (Festpreis, nach Aufwand, mit Kostendach, etc.).
- 11.2 Die Vergütung deckt alle Leistungen ab, die zur gehörigen Vertragserfüllung notwendig sind, insbesondere Liefer-, Verpackungs-, Installations-, Montage-, Dokumentations-, Instruktions- und Schulungskosten, allgemeine Spesen, Testläufe, Zölle und öffentliche Abgaben (inkl. Recycling-Gebühr), Lizenzgebühren.
- 11.3 Wird eine Entschädigung nach Aufwand vereinbart, hat der Lieferant zur Geltendmachung der Vergütungen die im Vertrag umschriebene Rapportpflicht einzuhalten. Verletzt der Lieferant diese Rapportpflicht, sind entsprechende Entschädigungen nicht geschuldet.
- 11.4 Die Mehrwertsteuer ist im Angebot und in der Abrechnung separat auszuweisen. Verändert sich der Steuersatz, erfolgt eine entsprechende Anpassung.
- 11.5 Eine Teuerungsanpassung erfolgt nur, wenn dies im Vertrag ausdrücklich vereinbart wurde.
- 11.6 Die Abtretung und die Verpfändung von Forderungen des Lieferanten gegenüber dem Besteller ist nur nach vorgängiger schriftlicher Zustimmung des Bestellers verbindlich.

## **Art. 12 Zahlungsbedingungen**

- 12.1 Wird im Vertrag nichts anderes vereinbart, werden die vereinbarten Vergütungen innert 30 Tagen, bei Tagelohnarbeiten innert 60 Tagen, mit 2% Skonto oder innert 60 Tagen netto nach Rechnungsstellung zur Zahlung fällig.
- 12.2 Zahlungspläne, Anzahlungen  
Anzahlungen und Teilzahlungen erfolgen nur bei vertraglicher Regelung. Wird im Vertrag nichts anderes vereinbart sind bei Lieferleistungen ab CHF 50'000.-- die vereinbarten Vergütungen in folgenden Raten zur Zahlung fällig:
  - 30% innert 30 Tagen nach Vertragsabschluss (inkl. Unterzeichnung aller Vertragsbestandteile) gegen Übergabe einer Vorauszahlungsgarantie
  - 30% innert 30 Tagen nach Lieferung am Erfüllungsort
  - 30% innert 30 Tagen nach Abnahme der Lieferung
  - 10% innert 30 Tagen nach Behebung sämtlicher bei der Abnahme festgestellter Mängel bzw. Erfüllung des geforderten Leistungsumfanges und gegen die Stellung einer Bürgschaftsgarantie für die Garantiedauer

Als Garantien werden nur Solidarbürgschaften / Bankgarantien von anerkannten schweizerischen Banken oder anerkannten schweizerischen Versicherungen akzeptiert.

- 12.3. Bei umfangreichen Lieferungen und Montagen wird im Vertrag vereinbart, dass max. 10 Prozent der Vertragssumme als Garantierückbehalt erst ausbezahlt werden, wenn sämtliche bei der Abnahme festgestellten Mängel behoben sind und eine allenfalls vereinbarte Sicherheitsleistung (Garantie) eingegangen ist.

- 12.4. Die vereinbarten Zahlungsfristen gelten generell ab Erhalt der Rechnung. Die Fälligkeit tritt jedoch nicht ein, solange wesentliche Unterlagen wie Lieferscheine, vom Besteller unterzeichnete Arbeitsrapporte oder andere Unterlagen fehlen, welche die vollumfängliche Ausführung der Leistungen bestätigen. Der Lieferant zeigt solche Verzögerungen an.

### **Art. 13 Abnahme**

- 13.1 Bei komplexen Lieferungen wird das Abnahmeprozedere in der Vertragsurkunde geregelt.
- 13.2. Hat der Lieferant den Vertragsgegenstand vollständig geliefert, montiert bzw. aufgestellt, einreguliert und betriebsbereit gemacht, sind die vereinbarten Tests erfolgreich beendet und hat der Lieferant das Bedienungs- und Unterhaltspersonal des Bestellers instruiert, sowie alle übrigen, vertraglichen Pflichten erfüllt, zeigt er dies dem Besteller an und lädt diesen zur gemeinsamen Prüfung der Lieferung ein. Der Besteller kann auf die Abnahme verzichten.
- 13.3. Es wird ein Abnahmeprotokoll erstellt, das von beiden Vertragsseiten zu unterzeichnen ist.
- 13.4. Zeigen sich bei der gemeinsamen Prüfung wesentliche Mängel, so wird die Abnahme zurückgestellt. Der Lieferant beseitigt die Mängel innert einer angemessenen Frist und lädt danach zu einer weiteren gemeinsamen Prüfung ein.
- 13.5. Spätestens bei der Abnahme hat der Lieferant den Besteller die zugehörigen technischen Unterlagen und Dokumentationen, wenn nicht anders vereinbart, in zwei Exemplaren zu übergeben, welche in Deutsch abgefasst sein müssen. Die Dokumentation hat sämtliche für die Bedienung, den Service und die Reparatur der Anlage notwendigen Informationen zu enthalten. Vorbehalten bleiben abweichende Regelungen je nach konkreter Art der Lieferung und/oder Dienstleistung.

### **Art. 14 Gewährleistung**

- 14.1. Der Lieferant garantiert, dass seine Produkte und Leistungen die vereinbarten Eigenschaften aufweisen, ferner diejenigen Eigenschaften, welche der Besteller auch ohne besondere Vereinbarung nach dem jeweiligen Stand der Technik und in guten Treuen voraussetzen darf.
- 14.2. Liegt ein Mangel vor, kann der Besteller zunächst nur eine unentgeltliche Nachbesserung verlangen. Der Lieferant behebt den Mangel innerhalb angemessener Frist und trägt alle daraus entstehenden Kosten. Ist die Behebung des Mangels nur durch Ersatz möglich, so umfasst das Recht auf Nachbesserung auch das Recht auf Ersatz.
- 14.3. Hat der Lieferant die verlangte Nachbesserung nicht, nicht rechtzeitig oder nicht erfolgreich vorgenommen, kann der Besteller einen dem Minderwert entsprechenden Abzug von der Vergütung vornehmen, bei erheblichen Mängeln vom Vertrag zurücktreten oder die Massnahme selbst vornehmen oder von einem Dritten vornehmen lassen.
- 14.4. Mängel sind umgehend, spätestens aber innert 20 Tagen seit Entdeckung zu rügen.
- 14.5. Die allgemeine Garantiefrist beträgt zwei Jahre. Abweichende Regelungen in den Ausschreibungsunterlagen bleiben vorbehalten.

- 14.6. Für bauliche Massnahmen gelten die Rüge- und Verjährungsfristen gemäss SIA-Norm 118.
- 14.7. Nach Behebung eines wesentlichen Mangels oder bei Ersatzlieferung beginnt die Garantiefrist neu zu laufen.
- 14.8. Ist strittig, ob ein während der Garantiezeit gerügter Mangel ein solcher ist, so liegt die Beweislast für das Nichtvorliegen eines Mangels oder das Nichtvorliegen einer Abweichung von zugesicherten Eigenschaften beim Lieferanten.

#### **Art. 15 Haftung für Schäden**

- 15.1. Ein Vertragspartner haftet für den von ihm oder von einem von ihm beigezogenen Dritten verursachten Schaden aus dem Vertragsverhältnis, wenn er nicht beweist, dass weder ihn noch einbezogene Dritte ein Verschulden trifft. Er haftet höchstens für den entstandenen Schaden.
- 15.2. Der Lieferant ist verpflichtet, sich für Folgen seiner zivilrechtlichen Haftung gegenüber Dritten ausreichend zu versichern. Der Besteller hat das Recht, einen entsprechenden Versicherungsnachweis zu verlangen.

#### **Art. 16 Ersatzlieferungen**

Der Lieferant gewährleistet dem Besteller während der im Vertrag definierten Dauer die Lieferung von Ersatzteilen und –produkten.

#### **Art. 17 Verschiedene Bestimmungen**

- 17.1. Der Lieferant verpflichtet sich zur Einhaltung der am Ort der Leistungserbringung geltenden Arbeitsschutzbestimmungen und –bedingungen sowie die Gleichbehandlung von Frau und Mann und die Umweltschutzgesetzgebung.
- 17.2. Wird die Leistung im Ausland erbracht, so hat die Lieferfirma die Einhaltung der Gesetze und Bestimmungen am Ort der Leistungserbringung einzuhalten. Unterschreitet das jeweilige Recht am Ort der Leistungserbringung die Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (IAO)<sup>1</sup> so müssen zumindest diese eingehalten werden.
- 17.3. Der Lieferant stellt sicher, dass die Grundsätze gemäss Ziff. 17.1 und 17.2 auch von seinen Subunternehmen eingehalten werden.

---

<sup>1</sup> IAO-Kernarbeitsnormen

Nr. 29 vom 28. Juni 1930 über Zwangs- und Pflichtarbeit  
Nr. 87 vom 9. Juli 1948 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes  
Nr. 98 vom 1. Juli 1949 über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen  
Nr. 100 vom 29. Juni 1951 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit  
Nr. 105 vom 25. Juni 1957 über die Abschaffung von Zwangsarbeit  
Nr. 111 vom 25. Juni 1958 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf  
Nr. 138 vom 26. Juni 1973 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung  
Nr. 182 vom 17. Juni 1999 über das Verbot und unverzügliche Massnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit

- 17.4. Auf Verlangen hat der Lieferant die Einhaltung gegenüber dem Besteller bzw. einer durch diesen bevollmächtigten externen Stelle nachzuweisen. Der Besteller bzw. eine durch diesen bevollmächtigte externe Stelle kann jederzeit sowohl bei der Lieferfirma, deren Subunternehmen und Lieferanten die Einhaltung der Verfahrensgrundsätze überprüfen.
- 17.5. Dem Besteller steht das Recht zu, bei Nichteinhaltung dieser Verfahrensgrundsätze durch den Lieferanten, sowohl bestehende Verträge fristlos zu kündigen, als auch zukünftige Bestellungen und Lieferungen auszusetzen. Des Weiteren kann der Besteller den Lieferanten sowohl aus dem laufenden als auch aus künftigen Vergabeverfahren für die Dauer von bis zu fünf Jahren ausschliessen.
- 17.6. Der Besteller behält sich vor, die Einhaltung des Verhaltenskodex für Lieferfirmen der Stadt Zürich und somit die Einhaltung der Anforderungen gemäss Ziff. 17.1ff. vorstehend sowohl vom Lieferanten als auch von dessen Subunternehmen zusätzlich schriftlich bestätigen zu lassen.

#### **Art. 18 Anwendbares Recht und Gerichtsstand**

Das Vertragsverhältnis untersteht Schweizer Recht. Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über den internationalen Warenkauf vom 11.4.1980 (Wiener Kaufrecht) wird als nicht anwendbar erklärt. Ausschliesslicher Gerichtsstand ist - soweit zulässig - Zürich.

Vom Lieferanten ausdrücklich anerkannt.

Ort, Datum:

Firmenstempel, Unterschrift: